

## Dokument 5

### Interview mit D. F. am 18. Oktober 1973

*D. F., geb. 1904, 1921 SPD, kaufmännischer Angestellter, Journalist, 1924 Mitbegründer des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, nach 1933 Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“; 1945 SPD, zunächst gewerkschaftlich tätig, SPD-Ortsvereinsvorsitzender und Vizepräsident der Bezirksverwaltung Merseburg, 1946 SED, Mitglied des Bezirksvorstandes der SED Halle-Merseburg, 1947 Leiter der Landesforstverwaltung Sachsen-Anhalt, 1948 verhaftet und 1955 aus einem sibirischen Zwangsarbeitslager entlassen.*

Ich war 1945 bei Beendigung des 2. Weltkrieges Geschäftsführer eines Großküchen- und Kantinenbetriebes, der insbesondere französische Arbeitskräfte der Leuna-Werke versorgte. Ich lebte damals in Weißenfels an der Saale und schied am B. Mai 1945 ohne große Formalitäten aus diesem Unternehmen aus. Sofort nach dem Zusammenbruch habe ich mit einer Anzahl von Parteifreunden in Weißenfels, mit denen ich auch schon vorher Verbindung hatte, überlegt, was nun zu tun sei. Dazu gehörten der erste von mir eingesetzte Sekretär der nun wieder entstehenden sozialdemokratischen Partei, dann gehörte dazu ein Freund, der bei der Organisation Todt<sup>1</sup> im Kreise Weißenfels tätig gewesen war und mit dem ich aus meiner Geschäftsführertätigkeit Verbindung hatte, dann insbesondere ein ehemaliger Gewerkschaftsangestellter des Einheitsverbandes der Eisenbahner, einer derjenigen, die während der ganzen zwölf Jahre Hitlerzeit absolut integer geblieben waren, einer der wenigen mutigen Gewerkschafter, die am 2. Mai 1933<sup>2</sup> freiwillig aus ihrer Tätigkeit herausgegangen waren. Auf meine Initiative hin haben wir uns dann zusammengesetzt und überlegt, was denn nun geschehen sollte. Dabei war dann noch der letzte Parteisekretär des Kreises Weißenfels. Bei diesen Unterhaltungen war zunächst noch nicht die Rede von wiedererstehenden politischen Parteien,

<sup>1</sup> Technische Spezialtruppe im Dritten Reich, insbes. für das militärische Bauwesen.

<sup>2</sup> Datum der Zerschlagung der Gewerkschaften in Deutschland durch die Nationalsozialisten.

von politischer Neuorientierung o. ä. Wir waren der Meinung, wir bekämen eine amerikanische Besatzung, die uns mit hoher Wahrscheinlichkeit keinen allzu großen politischen Spielraum einräumen würde. Wie bekannt ist, hatten wir zunächst eine amerikanische Besatzung. Wir nahmen dann gleich Verbindung auf zu den Restbeständen der ehemaligen kommunistischen Partei in unserer engeren Heimat und haben einen Antifa-Ausschuß gegründet, dessen Vorsitzender ich wurde. Dies war in den letzten Maiwochen [1945]. Die Gründung des Antifa-Ausschusses geschah spontan, sie war von keiner Seite her bestimmt worden, das war eine rein örtliche Lösung, es war eine Absicht, die wir miteinander gemeinschaftlich verfolgten. Im nachhinein ist es natürlich sehr schwer zu sagen, wer der eigentliche Initiator der Sache war. Insgesamt waren wir der Meinung: Wir müssen jetzt eine breite Basis schaffen, um den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Im wesentlichen wurde die Sache von Sozialdemokraten und Kommunisten getragen. Bei der Bildung des Antifa-Ausschusses spielte bei mir selbst der Gedanke eine Rolle, daß wir uns nach den Erfahrungen der Hitlerzeit und der letzten Jahre der Weimarer Republik den Luxus eines mörderischen Bruderkampfes nicht mehr leisten könnten. Ich war der Überzeugung geworden, allein schon aufgrund meiner Erfahrungen aus der illegalen Zeit nach 1933, daß eine geeinte Arbeiterbewegung, eine sozialistische Arbeiterbewegung vor 1933 mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit in der Lage gewesen wäre, das Hitlerdeutschland zu verhindern.

Ich habe 1932, damals als Mitglied des Bezirksausschusses der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Halle-Merseburg, mit zu den jungen Leuten in der Partei gehört, die der Meinung waren, daß wir nach der Wahl am 30. Juli, die den Nationalsozialisten weit über 200 Mandate im Deutschen Reichstag bescherte und nachdem am 20. Juli 1932 der berühmte Staatsstreich in Preußen<sup>3</sup> stattgefunden hatte, daß wir Sozialdemokraten nunmehr die Konsequenz aus der Bebel'schen Überlegung ziehen müßten: Wer Preußen hat, hat das Reich. Denn die Situation war nach meiner heutigen Erinnerung die, daß von den 42 preußischen Polizeipräsidenten, die in Preußen tätig waren, 40 Sozialdemokraten gewesen sind, nur zwei, die damals der Zentrumspartei angehörten. Ferner war ein erheblicher Teil der preußischen Schutzpolizei im Reichsbanner organisiert. 3 Papen-Putsch, bei dem die sozialdemokratisch geführte Regierung Otto Braun (SPD) durch einen Handstreich abgesetzt wurde.

siert. Ich selbst war damals Gaupressewart des Reichsbanners. Mit einer ganzen Anzahl, vor allem der Jüngeren, war ich der Meinung, daß wir uns mit Gewalt zur Wehr setzen müßten, um Hitler-Deutschland zu verhindern. Es hat damals leidenschaftliche Auseinandersetzungen in den Parteigremien, auch im Bezirksausschuß Halle-Merseburg gegeben. Sie liefen letztlich so aus, daß es insbesondere die Gewerkschaften waren, die die Meinung vertraten, für einen politischen Generalstreik sei kein Geld in den Kassen der Gewerkschaften. Wir waren jedenfalls der Meinung, daß wir die Konsequenzen aus dem 20. Juli 1932 ziehen müßten. Ich weiß mich noch daran zu erinnern, daß ich eine lebhafte Auseinandersetzung mit dem Spitzenkandidaten der SPD für den Deutschen Reichstag, Dr. Paul Hertz<sup>4</sup>, hatte, der mir auf meine Forderungen entgegenhielt, dann kämen die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf uns zu, die wir zu meistern nicht imstande wären. Ich antwortete ihm damals: Wenn wir als Sozialdemokratische Partei nicht einmal den Mut zur Übernahme eines Risikos hätten, wären wir es nicht einmal wert, verboten zu werden.

[...]

Aus diesen und weiteren Erfahrungen stand dann 1945 vor uns die Frage, was nun geschehen müsse. Aus dieser Einstellung heraus waren wir der Meinung, uns den Luxus eines so mörderischen Bruderkampfes, wie er vor 1933, insbesondere im Bezirk Halle-Merseburg, getobt hatte, nicht mehr leisten zu können. Wir müßten versuchen, auf einen einheitlichen Nenner zu kommen, wobei meine Haltung mit dadurch bestimmt worden ist, daß ich nach 1933 zur Gruppe „Neu Beginnen“<sup>5</sup> gehört habe, für die ich illegal tätig gewesen bin.

[...]

In Weißenfels war nach der Kapitulation als Ortskommandant ein amerikanischer Oberst, sein Vertrauensmann war ein Samengroßhändler und -züchter, ein Holländer, der einen sehr großen Spezialbetrieb in Weißenfels führte. Er war der Dolmetscher des ersten Besatzungsoffiziers der

<sup>4</sup> Hertz, Paul, geb. 1880, seit 1905 SPD, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, USPD, 1922 wieder SPD, 1920-1933 MdR, 1933 Mitglied des Parteivorstands der SPD, Emigration, Anschluß an die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“, USA, 1949 Rückkehr nach Deutschland.

<sup>5</sup> Oppositionelle sozialistische Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus.

amerikanischen Besatzungsmacht. Zu ihm ging ich nach Bildung des Antifa-Ausschusses hin, stellte mich vor und bat darum, daß wir mit ihm ins Benehmen zu kommen gedächten. Von meiner illegalen Tätigkeit her glaubte ich, eine gewisse Aktiv-Legitimation zu besitzen. Ich meinte, ein richtiger Antifaschist zu sein. Das Ergebnis zweier Besprechungen mit dem amerikanischen Oberst war so negativ und so deprimierend, daß ich beim zweiten Mal, als mich der Mann in einer recht herablassenden Art behandelte, zu dem jungen Leutnant, der als Dolmetscher fungierte, beim Verlassen des Landratsamtes sagte, er möge dem Oberst ausrichten, ich sei zum letzten Mal dort gewesen. [...] Der Oberbürgermeister der Stadt Weißenfels, ein Brauerei- und Rittergutbesitzer, der von den Amerikanern eingesetzt worden war und nun eine politische Haltung einnahm, die absolut der bürgerlichen Linie der Amerikaner entsprach, wollte auch mit uns nichts zu tun haben. [...]

Bei der Bildung der Antifa-Ausschüsse gab es keinerlei Vorbilder, auch nicht bei der Namensgebung. Wir haben das einfach so aus unserem reichen Innenleben heraus gestaltet. Wir hatten mit niemandem und nichts Verbindung, der Name Antifa-Ausschuß kam von uns, wir waren der Meinung, wir mußten die unbelastet gebliebenen antifaschistischen Kräfte zusammenfassen. Dabei sind wir von uns aus auf den Namen Antifa-Ausschuß gekommen, ohne daß wir von irgendeiner Seite angesprochen oder gar legitimiert worden wären. [...] Es muß festgestellt werden, daß wir den Antifa-Ausschuß bereits gegründet haben, als die Russen noch gar nicht da waren. Es war also keine Sache, die erst entstand, als die Russen zu uns kamen.

Zunächst handelte es sich ja nur um Anfänge. Man muß sich vorstellen, daß dies ja nur den Zeitraum von einigen Wochen einschließt. Zunächst hatten wir ja nur die erklärte Absicht, die verbliebenen und unbelasteten antifaschistischen Menschen unseres näheren Heimatgebietes zusammenzufassen und uns politisch in irgendeiner Form zu artikulieren. Meine Überlegung ging dahin, die wurde auch getragen von meinen unmittelbaren Parteifreunden und auch von dem Teil der Kommunisten, mit dem wir zusammenarbeiteten, daß wir anstreben wollten eine einheitliche sozialistische Partei, über deren Namen wir uns zunächst einmal gar keine Vorstellung gemacht haben. Wir waren eben nur der Meinung, wir müßten die Fehler von 1932/33 vermeiden und müßten trachten, daß wir jetzt einen neuen Anfang machten. Da waren wir uns allesamt darüber klar, daß

es hier dabei nicht gelte, neuen Wein in alte Schläuche zu gießen, sondern wir waren wirklich der Auffassung, wir müßten etwas völlig Neues auf die Beine stellen.

Als nach dem Abzug der Amerikaner sofort die Russen bei uns einmarschierten, war ich zunächst über deren Äußeres konsterniert. Wir hatten sie mit einiger Hoffnung erwartet nach der politischen und psychologischen Abfuhr, die wir bei den Amerikanern erlebt hatten. Wir waren also der Meinung: Mit den Männern muß man doch reden können, wenn man sich ihnen zu deklarieren imstande ist. Unter den Amerikanern war im wesentlichen in der kommunalen Verwaltung keinerlei personelle Umbesetzung eingetreten. Es waren die gleichen Leute, die auch in der nationalsozialistischen Zeit die Posten besetzt hatten, bis auf den des Oberbürgermeisters. Der ganze Apparat war geblieben. In diesen vier Wochen war auch das kommunale Verwaltungsleben nicht unterbrochen worden, sondern war eigentlich nahtlos übergegangen. Maßnahmen wie z. B. eine beginnende Entnazifizierung gab es in diesen vier Wochen in gar keiner Weise.

Als die Russen in Weißenfels einmarschierten, hatten wir sofort Kontakt mit dem ersten Kommandanten, einem Major. Wir wurden zu viert zu ihm hingebeten, je zwei Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten. [...] Der Tenor dieser ersten Ansprache war, daß man in erster Linie bei der neuen politischen und verwaltungsmäßigen Leitung unseres engeren Heimatgebietes danach trachten müsse, edle und vertrauenswürdige Kommunisten in die Positionen zu bringen. Von uns Sozialdemokraten war überhaupt nicht die Rede. Das war so der erste leichte Schock, den man bei dieser Gelegenheit bekam, weil man sich jetzt in diesem Moment sagen mußte, daß nur die übriggebliebenen Kommunisten etwas zu sagen haben würden, und wir sind nur unter „ferner liefen“. Wir haben die Geschichte geschluckt. Dann begann die Umorganisation der Verwaltung. Es wurde ein neuer Landrat eingesetzt, selbstverständlich ein Kommunist. Die Polizeistellen wurden umgebaut, ein Kommunist wurde Kommandeur der Schutzpolizei, ein ehemaliger Reichsbannermann sein Stellvertreter. Es wurden nicht nur Kommunisten eingesetzt, sondern auch Leute, die vom Antifa-Ausschuß benannt worden waren. Der Antifa-Ausschuß wurde zunächst politisch akzeptiert als die einzige Möglichkeit einer vorläufigen organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte, die glaubten, für den demokratischen Neuaufbau in Frage zu kommen. Bei der Besetzung

der Positionen wurde der Antifa-Ausschuß gefragt. Leiter der Sozialversicherungskasse wurde dann mein Freund, ein ehemaliger Gewerkschafts-angestellter. Aber gleichzeitig hatten wir die Auffassung, daß wir eine etwas strafere organisatorische Zusammenfassung praktizieren müßten.

Nach einem Besuch in Halle waren wir der Meinung, wir müßten den Versuch machen, eine organisatorische Zusammenfassung zu bewerkstelligen, die über den Rahmen des Antifa-Ausschusses hinausging. Da kamen wir auf die Idee, zunächst einmal eine gewerkschaftliche Organisation zu gründen. Das, was später FDGB wurde. Das haben wir dann im Einvernehmen mit einigen Halleschen Freunden aus der alten Gewerkschaftsbewegung, Sozialdemokraten und Kommunisten, bei uns in Weißenfels zu praktizieren getrachtet. Der Leiter dieser jetzt neu installierten Gewerkschaftsbewegung wurde ich. Ich hatte mir gesagt, wir müßten über die bisherige lose Zusammenfassung hinaus die Leute strafere organisieren, denn wir hatten ja keine Ahnung, wie die politische Entwicklung weitergehen würde. Die allgemeine Auffassung ging politisch dahin, eine einheitliche sozialistische Bewegung zu installieren, aber das war offensichtlich noch nicht so weit, und deshalb wollten wir die Menschen organisatorisch zusammenfassen. Dies versuchten wir dann eben auf der gewerkschaftlichen Basis. Im Einvernehmen mit den Russen haben wir ein Gebäude beschlagnahmt, in dem bislang die SA-Standarte<sup>6</sup> residiert hatte. Die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Arbeitnehmerschaft unseres Gebietes ging eigentlich sehr rasch. Es herrschte sofort ein reger Zustrom zu dieser Einheitsgewerkschaft. Ich habe dann in den einzelnen Betrieben gesprochen (Weißenfels hat sehr viele Schuhfabriken mittlerer Größe) und zur gewerkschaftlichen Organisation aufgerufen. Ich hatte dann auch Verbindung aufgenommen über Weißenfels hinaus mit ehemaligen Kommunisten, von denen ich wußte, daß sie sehr integre Leute waren. Die Hauptfigur in dieser Hinsicht war der spätere Innenminister Robert Siewert<sup>7</sup>, der sogenannte Vater von Buchenwald, der in die Geschichte des KZ Buchenwald eingegangen ist. Er hat dort mit unerhörtem

<sup>6</sup> SA, Abkürzung für Sturm-Abteilung, politische Kampf- und Propagandatruppe der NSDAP; Standarte: wichtige Einheit der SA.

<sup>7</sup> Siewert, Robert, geh. 1887, 1906 SPD, nach 1918 KPD, Leiter des Zentralen Parteiverlages, später Bezirkssekretär der KPD, 1929 KPO, Illegalität, ab 1935 Zuchthaus, bis 1945 KZ Buchenwald, dann 1. Vizepräsident der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt, ab 1946 MdL und Innenminister des Landes Sachsen-Anhalt.

Mut viele Dinge für die politischen Häftlinge in Buchenwald getan. Mit dem kam ich in Halle zusammen, und zunächst waren wir der Auffassung, das war eine Auffassung und Überzeugung, die von Robert Siewert vertreten wurde, der mir in einem vertraulichen Gespräch sagte, an dem dann auch der spätere Oberbürgermeister von Merseburg teilnahm, auch ein Kommunist, wir müßten eine Arbeiterbewegung schaffen, bei der wir es erreichen, daß wir die ganzen Rucksackkommunisten aus der Zeit vor 1933 loswerden. Dabei müsse man sich zum großen Teil auf die politische und menschliche Integrität der Sozialdemokraten verlassen. Robert Siewert gehörte mit zu den Leuten, die in den zwanziger Jahren wegen ihrer oppositionellen Haltung aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen waren. Er war also KPO<sup>8</sup>-Mann geworden und kannte von dieser Seite her die Kommunisten recht genau. Seine Meinung war, man müsse etwas völlig Neues schaffen, und das könne man nur mit in jeder Hinsicht integren Leuten schaffen. Insofern war Robert Siewert für mich von der sogenannten anderen Fakultät eine der glaubwürdigsten und zukunfts-trächtigsten Figuren, mit dem man ernsthaft über eine echte politische Neuorientierung reden konnte. Ich war damals auch der Meinung, im Einvernehmen mit Robert Siewert und anderen Parteifreunden meiner Fakultät: Wir müssen uns wirklich den Bruderkampf von vor 1933 ersparen. Theoretische Erörterungen haben bei uns gar keine Rolle gespielt, entscheidend für uns waren die menschlichen Überlegungen, wen bringen wir hier an die Spitze einer solchen Bewegung. An wen können sich wirklich unsere Mitmenschen und insbesondere die Arbeitnehmerschaft in einem so wichtigen industriellen Bereich wie Mitteldeutschland orientieren. Diese Gespräche haben stattgefunden Anfang Juni 1945. Das weiß ich deshalb so genau, weil ich am 22. Juni 1945 aus dieser gewerkschaftlichen Tätigkeit ausgeschieden bin. Dazwischen liegt die Genehmigung der Partei-erlaubnis. Da war für mich als alten Sozialdemokraten völlig klar, wenn jetzt die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei genehmigt werden, daß mein Platz nur in der Sozialdemokratischen Partei sein könnte. Darüber war ich mir auch mit Robert Siewert klar, daß jeder von uns in seine Partei ginge. Aber die Zielrichtung sollte sein, daß wir zu einer einheitlichen Arbeiterbewegung kämen. Das war unser beider Überzeugung, zu der ich mich auch heute uneingeschränkt bekenne.

<sup>8</sup> Kommunistische Partei-Opposition, rechtsoppositionelle kommunistische Gruppierung ab 1928.

Die Befürwortung der Einheitspartei durch die Genossen in Berlin erfahren wir erst später. Wir waren weitab vom Schuß, wir hatten im Grunde mit den Leuten von Berlin oder anderen in einem weiteren Bereich wie Sachsen, Thüringen, Mecklenburg oder Brandenburg überhaupt keine Verbindung. Das war eine Angelegenheit, die lediglich den Bezirk Halle-Merseburg umfaßte. Auf dieser Basis hat sich die ganze Geschichte abgespielt, Robert Siewert war nämlich von Buchenwald nach Mitteldeutschland gekommen, er hat in Halle gelebt, und ich lebte in meiner Wahlheimat Weißenfels. Auf diese Weise hatten wir sehr rasch Verbindung. Der Einheitsgedanke war im Grunde genommen als großartiges Prinzip sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite vorhanden. In dem Augenblick aber, als die Genehmigung der sowjetrussischen Besatzungsmacht kam, daß beide Parteien wieder erstehen durften, war es für mich ganz selbstverständlich, daß ich wieder in meine alte Partei ging und Robert Siewert in die Kommunistische Partei. Unser letztes Gespräch hatte dann den Tenor, daß es eigentlich schade sei, aber jeder gehöre in seine Partei, und die Zielrichtung müsse bleiben, daß wir doch zu einer Einheit innerhalb der Arbeiterbewegung kämen. In dem Augenblick, in dem wir das Signal gesteckt bekamen, die Sozialdemokratische Partei wird wieder erlaubt, [...] war es im allgemeinen so, daß unsere Genossen selbstverständlich wieder in die Sozialdemokratische Partei hineingingen. Wir haben also dann die Sozialdemokratische Partei gegründet, ich habe sie im Rahmen des Bezirks Halle-Merseburg mitgegründet, und ich wurde auch im Ortsverein Weißenfels sofort Vorsitzender.

Die Auffassung, die ich hier vertrete, war keineswegs einheitlich. Es gab eine ganze Reihe ehemaliger sozialdemokratischer Genossen, die ganz unmißverständlich erklärt haben, mit den Kommunisten nicht zusammenzuarbeiten. Diese Auffassung resultierte aus den Erfahrungen von vor 1933. Ich selbst war vor 1933 ein leidenschaftlicher Antikommunist, gesamtpolitisch gesehen. Aber das gemeinsame Schicksal im Dritten Reich, das gemeinsame Zusammenleben im Gefängnis, im Zuchthaus und im Lager und auch Äußerungen von Wilhelm Leuschner<sup>9</sup>, die uns überliefert waren, der kurz vor seinem Tode mit gefesselten Händen das Wort Einheit gemalt hatte, das war für mich und für einen Teil meiner Freunde eine Art

<sup>9</sup> Leuschner, Wilhelm, geb. 1890, SPD und Gewerkschafter, 1924-1933 Landtagsabgeordneter in Hessen, ab 1928 dort Innenminister, ab 1933 Leiter gewerkschaftlichen Widerstandes in Verbindung zum Kreisauer Kreis, 1944 verhaftet und hingerichtet.

Vermächtnis. Für uns war Leuschner eine Symbolfigur. Von ihm aus glaubten wir sehen zu müssen, wie wir in Zukunft verfahren sollten. Bei den Befürwortern einer Einheitsbewegung nach 1945 handelte es sich nicht zuletzt um Menschen, die mit den Kommunisten zusammen von 1933-45 in einer gewissen Not- und Schicksalsgemeinschaft lebten. Und die die Kommunisten auch als Menschen erlebt haben und denen gegenüber auch die Kommunisten ihre Fehler vor 1933 eingestanden haben. Von diesen Kommunisten sind dann die Sozialdemokraten meiner Couleur faktisch ausgegangen.

Ich sage im nachhinein, ich bedaure es im Grunde genommen, daß es eine ganze Anzahl Sozialdemokraten gibt, die heute im Grunde nicht mehr wahrhaben wollen, daß sie nach 1945 dem Einheitsgedanken, so wie ich ihn jetzt schildere, nahe gewesen sind und die dann von der Zwangsvereinigung sprechen und sagen, sie hätten damit gar nichts zu tun. Das wird im nachhinein konstruiert, und damit wollen die Leute sich von einer bestimmten geschichtlichen Verantwortung freisprechen, zu der ich mich bekenne. Ich bekenne mich dazu, daß ich einer der energischsten Verfechter des Einheitsgedankens nach 1945 gewesen bin. Daß dies ein enormer geschichtlicher Irrtum war, weiß ich heute, und diesen geschichtlichen Irrtum habe ich auch sehr teuer bezahlt. Wir Sozialdemokraten haben schlicht und einfach unterschätzt, daß es die Möglichkeit einer politischen Neuordnung, einer Demokratisierung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nach 1945 nach unseren Vorstellungen einfach nicht geben konnte, weil wir auf den Bajonettspitzen der sowjetrussischen Besatzungsmacht diese Politik haben ausüben müssen. Das haben wir damals schlicht und einfach unterschätzt. Das muß man ganz deutlich sagen, und dazu bekenne ich mich mit allem Freimut und mit allen Konsequenzen. Ich war einer dieser Vertreter des Neubeginns nach 1945, wie wir es nach 1933 auch unter der Führung von Fritz Erler<sup>10</sup> u. a. zu tun versucht haben.

Als die Genehmigung zur Bildung der Parteien kam, sind wir sofort auf den verschiedenen örtlichen Ebenen zusammengekommen und haben gesagt: Jetzt gründen wir wieder die Sozialdemokratische Partei, und wir hoff-

<sup>10</sup> Erler, Fritz, geb. 1913, SPD, bis 1933 Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend, führendes Mitglied der Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“, in diesem Zusammenhang 1938 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, 1945 SPD, Landrat, 1946 Mitglied legislativer Organe von Württemberg-Hohenzollern und des dortigen Landesverbandes sowie Bezirksvorstandes Südwest der SPD, seit 1949 MdB.

fen, daß wir alle aus den geschichtlichen Erfahrungen, aus den Bitternissen des Dritten Reiches einiges dazugelernt haben, aber Sozialdemokratie ist für uns die Möglichkeit, demokratischen Sozialismus anzustreben. Wie sich das nun in der weiteren Entwicklung gestaltet, das wissen wir zunächst gar nicht. Das haben wir zunächst völlig ausgeklammert. Für uns kam jetzt eins in Frage, zu versuchen, den Menschen wieder eine politische Heimat zu geben, und die war für uns alte Sozialdemokraten natürlich in der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben also sofort auf örtlicher und bezirklicher Ebene angefangen, die Partei zu organisieren, und erlebten im Gegensatz zu den Kommunisten einen unglaublichen Aufschwung, was die Mitgliederbewegung anbelangt. Wir haben dann ein Sekretariat in Weißenfels eingerichtet.

In einer Stadt, die damals 35.000 Einwohner hatte, wie Weißenfels, die dann anwuchs auf 55.000, als der Flüchtlingsstrom später zu uns kam, da war im Grunde jeder bekannt. Und da haben wir natürlich da und dort schon bremsen müssen, diesen oder jenen nehmen wir nicht in die Partei auf, aber im wesentlichen sind wir verhältnismäßig großzügig verfahren, weil wir der Meinung waren, wir haben ja schließlich unter einer nationalsozialistischen Diktatur gelebt, in der es keine freiwillige Entscheidung für eine Parteizugehörigkeit in dem Sinne gab, wie es unter einer Demokratie möglich ist. Da gab es ja eine ganze Reihe von Zwangsmitgliedschaften, und man hätte ja die nationalsozialistische Diktatur geleugnet, wenn man diesen Gesichtspunkt außer acht gelassen hätte. Außerdem waren wir der Meinung, wir müssen auch denen, die nominell in der NSDAP waren und die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, die Möglichkeit einer politischen Neuorientierung geben und sie deshalb aufnehmen. Dies galt besonders hinsichtlich der Jugend. Ich glaube, ich habe damals persönlich einen gewissen Einfluß auf diese Dinge ausgeübt, mir hat man geglaubt, daß ich eine demokratische Grundhaltung besaß, weil ich nicht nur in einem KZ des Dritten Reiches gesessen hatte, sondern weil ich aktiv Widerstand geleistet hatte, ich hatte etwas getan gegen das Dritte Reich. Dies hat mir dann nach 1945 ein sehr starkes moralisches Gewicht gegeben, ich war in irgendeiner Form glaubhaft. Von daher konnte ich auch einen gewissen Einfluß auf die Entwicklung ausüben.

Anfänglich war es so, daß die Kommunisten auch einigen Zulauf hatten. Aber der Zulauf wurde sofort abgestoppt, als die Neuorganisation der Sozialdemokratischen Partei deutlich wurde. Das hatte einfach eine

psychologische Begründung. Man identifizierte die neugegründete Kommunistische Partei hundertprozentig mit der Besatzungsmacht und mit all den negativen Erscheinungen, die mit der Besatzungsmacht auftraten. Man flüchtete sich praktisch politisch in die Sozialdemokratische Partei, weil man von dieser Partei der Meinung war, die braucht man nicht hundertprozentig mit den Kommunisten und damit mit der Besatzungsmacht zu identifizieren. Das bedeutete, daß mit einem Schlag die Kommunistische Partei in unserem Bereich mitgliedermäßig absackte, überhaupt gar nicht nennenswert in Erscheinung trat und uns die Menschen zuliefen. Man spürte auch auf Versammlungen ganz deutlich, daß wir Sozialdemokraten eine ungeheure Chance hatten. Dies wirkte sich dann auch in den Mitgliedszahlen und organisatorisch aus. Das war ja dann im weiteren Verlauf auch einer der wesentlichsten Gründe, weshalb im Zusammenhang mit dem österreichischen Wahlergebnis 1945<sup>11</sup> die sogenannte Zwangsvereinigung betrieben wurde.

[...] Die Kommunisten hatten von vornherein einen viel größeren Apparat, sie hatten viel mehr Sekretäre und vor allem viel mehr Geld. Aber wir waren mit unseren ehrenamtlichen Kräften und den paar bezahlten Leuten, die wir einzusetzen vermochten aufgrund der Mitgliedsbeiträge, die uns zuströmten, in einer viel besseren Ausgangsposition als die Kommunisten. Das hat natürlich später zu weiteren Benachteiligungen für uns geführt, wie z. B. bei Papierzuteilung usw. Aber für unseren Bereich kann ich sagen, daß die Sozialdemokraten von der Massenbasis her sehr viel stärker waren als die Kommunisten. Von dieser Seite her hatten wir auch den größeren moralischen Einfluß auf unsere Bevölkerungsschicht.

Soweit ich mich erinnere, haben wir uns weder an dem kommunistischen Aufruf noch an dem sozialdemokratischen Aufruf, der von Berlin kam, in irgendeiner Weise orientiert. Als der kommunistische Aufruf zu uns in die Provinz kam, waren wir alle der Meinung, demokratischer und bürgerlich-demokratischer als die Kommunisten in ihrem Aufruf ihre politische Zielsetzung formulierten, kann man gar nicht formulieren. Wir haben diesen kommunistischen Aufruf als eine Sache betrachtet, die entweder himmelschreiend verlogen oder einfach politisch gar nicht ernst zu nehmen war. Das war unsere Auffassung draußen in der Provinz von diesem kommunistischen Aufruf. Direkt nach der Gründung der KPD, gleich

<sup>11</sup> Die dortige Wahl vom 25. November 1945 erbrachte ein niederschmetterndes Ergebnis für die Kommunistische Partei Österreichs (4 von 165 Parlamentssitzen).

einen Tag später war dieser Aufruf in der Provinz. Das war offensichtlich von der SMAD in Karlshorst<sup>12</sup> eine gesteuerte Sache, diesen Aufruf an die Bevölkerung heranzutragen mit diesen schein-demokratischen Argumenten, mit diesen mittelständischen und bürgerlichen Argumenten, um die Leute in einer großen Sammelbewegung aufzufangen, aber eine ernsthafte Wirkung in unserem Bereich hat das keineswegs gehabt. Das war nicht glaubhaft genug.

Ich habe auch überhaupt gar keine Vorstellung davon, daß etwa der sozialdemokratische Aufruf eine nennenswerte Wirkung auf uns gehabt hätte. Für uns war einfach maßgebend, wir gründen diese Sozialdemokratische Partei wieder mit den Menschen, die wir aus der inneren Emigration und aus unserem Bereich zur Verfügung hatten. Von den maßgebenden Führern der Sozialdemokratischen Partei vor 1933 war nach 1945 kaum einer da, sondern wir haben das völlig neu gestalten müssen. Die Leute, die nach 1945 die führende Rolle in unserem Bezirk gespielt haben, waren durchweg Leute, die vor 1933 keine wesentliche und gewichtige Rolle in unserem Bereich gespielt haben. Die Ausnahme war Bruno Böttge, der schon vor 1933 im Bezirk Halle-Merseburg bekannt war. Der war in Teutschenthal Bürgermeister gewesen und in den zwanziger Jahren durch ein Schulprojekt für seine Gemeinde bekannt geworden. Bruno Böttge war vor 1933 Mitglied des sozialdemokratischen Bezirksvorstandes und war im Grunde der einzige Ältere dieses Bereichs mit Ausnahme des Vaters, der von Berlin wieder nach Halle kam.

[...]

Wir haben dann also die Organisation auf die Beine gestellt. Ich hatte nebenbei noch die Arbeit für die neuzuschaffende Gewerkschaftsbewegung, aber dies dauerte nur bis zum 22. Juni 1945. An diesem Tag kam ein sowjetischer Offizier in mein Büro und erklärte mir, ich müsse sofort mit nach Merseburg kommen, ich müsse in die Verwaltung eintreten, ich müsse in Merseburg bei dem Rechtsnachfolger des früheren preußischen Regierungspräsidenten als Vizepräsident eintreten. Das sei der Vorschlag, den der sozialdemokratische Bezirksvorstand des Bezirks Halle-Merseburg in einer Sitzung erarbeitet habe. Ich war zunächst völlig konsterniert, ich hatte mit keinem Gedanken an eine solche Geschichte gedacht. Deswegen habe ich zunächst einen anderen vorgeschlagen.

<sup>12</sup> Sitz der Sowjetischen Militäradministration für Deutschland.

Wir kamen nach Merseburg. In Merseburg war der ehemalige Landeshauptmann der Provinz Sachsen mit dem Sitz in Merseburg, Prof. Dr. Hübener<sup>13</sup>, dann waren dort die paar Leute aus dem Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei, dann war dabei der Landrat des Kreises Eisleben, Otto Gotsche<sup>14</sup>, mit dem ich übrigens im Dritten Reich illegal zusammengearbeitet habe und dem ich in dieser Zeit das Leben gerettet hatte. Von daher besaß ich zu ihm eine enge menschliche Bindung und Verbindung. Ich glaube, Bernhard Koenen<sup>15</sup> war damals noch dabei. Dort wurde mir eröffnet, wir müßten jetzt nach Halle zum General Kotikow<sup>16</sup>, das war der zuständige General der Besatzungsmacht für die Provinz Sachsen-Anhalt. Zusammen mit dem zukünftigen Bezirkspräsidenten in Merseburg gingen wir in Halle zur sowjetischen Kommandantur. Dort wurde ich zum 2. Vizepräsidenten des Verwaltungsbezirks Merseburg ernannt mit der Aufgabe, die gesamten Wirtschaftsdezernate dieses Bereichs zu übernehmen. Otto Gotsche wurde 1. Vizepräsident, 2. Vizepräsident war ich. Dann habe ich also am 23. oder 24. Juni 1945 diese Tätigkeit in Merseburg im alten Kaiserschloß übernommen.

[...]

Zu meinem Bereich gehörte von Wittenberg bis an die Grenze von Thüringen die gesamte anorganische Chemie, die auf dem Grundstoff Braunkohle aufgebaut war, also vom Reinsdorfer Sprengstoffwerk bis zu den Leuna-Werken, Wintershall AG bis zu den Braunkohlegruben. Diese riesigen Betriebe, die zum Teil während des ersten Weltkrieges entstanden

<sup>13</sup> Hübener, Erhard Friedrich Julius, geb. 1881, Staatswissenschaftler, Ministerialrat bis 1933, zwangspensioniert, nach 1945 LDPD, Landeshauptmann, Präsident, dann Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

<sup>14</sup> Gotsche, Otto, geb. 1904, Sekretär des Kommunistischen Jugendverbands Unterbezirk Halle, KPD-Funktionär und Arbeiterkorrespondent, KZ-Inhaftierung, 1945 KPD, beteiligt am Aufbau der KPD im Mansfelder Industriegebiet, 1946 SED, Landrat, 1. Vize- und später Bezirkspräsident in Merseburg, Ministerialdirektor im Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt, 1950 Leiter des Sekretariats des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats.

<sup>15</sup> Koenen, Bernhard, geb. 1889, 1907 SPD, 1917 USPD, 1920 KPD, 1923 Mitglied des Parteivorstands der KPD, 1929 Mitglied des Preußischen Landtages, 1933 verhaftet, 1935 Emigration in die UdSSR, Mitbegründer des Nationalkomitees Freies Deutschland, 1945 KPD, 1946 1. SED-Vorsitzender des Landes Sachsen-Anhalt.

<sup>16</sup> Kotikow, Alexandr G., sowjetischer General, Leiter der SMA der Provinz (später Land) Sachsen-Anhalt.

sind, diese gigantische Industrie war in meinem Bereich, und die wurde nun zu einem nicht unerheblichen Teil demontiert oder war durch Bombenangriffe derartig angeschlagen, daß wir ganz erhebliche Schwierigkeiten gehabt haben, die Betriebe überhaupt wieder in Gang zu setzen. Man hat allein um die Leuna-Werke herum 35.000 Bombentrichter gesehen ohne die, die das Werk selbst getroffen hatten. Als dann der Bezirkspräsident nach siebenmonatiger Tätigkeit starb, wurde Otto Gotsche Bezirkspräsident, und ich wurde erster Vizepräsident. Dabei blieb es. Der zweite Vizepräsident, der dann eingestellt wurde, war nach zwei Monaten verschwunden. Dann haben Otto Gotsche und ich den Bezirk bis 1947 geleitet. [...]

Ich war Leiter der gesamten Wirtschaftsdezernate für diesen Bereich Halle-Merseburg mit der bedeutsamen Großindustrie, die auf der Braunkohle basierte. Ich hatte außerdem die Preisüberwachung, die Domänenverwaltung, den gesamten Landwirtschaftsbereich, die Wasserwirtschaft, die Gewerbeaufsicht, ich war Deichhauptmann von Wittenberg, hatte also die Elberegulierung mit zu erledigen und hatte die Funktion, die durch den Krieg unmittelbar und mittelbar zerstörte Industrie des Bereichs Merseburg wieder in Gang setzen zu helfen, die Reparationsleistungen erfüllen zu helfen und alles das zu tun, was nach dem Zusammenbruch auf wirtschaftlicher Ebene in diesem Bereich notwendig war. Wir waren als Bezirkspräsidium eine Art Filter zwischen den Landräten und Oberbürgermeistern kreisfreier Städte zum Provinzialpräsidium und dessen Vizepräsidenten, die dann auf den einzelnen Ebenen, auf Provinzebene tätig waren. Auch der Verkehr hat mir unterstanden. Dieser Aufbau aus dem Nichts hatte dann noch zusätzlich unter den Auspizien einer sowjetrussischen Besatzungsmacht zu geschehen, die nur ein einziges Bestreben kannte, die Erfüllung der Reparationsleistungen, die Demontage und die Befriedigung der zahllosen Wünsche der sowjetischen Besatzungsoffiziere von unten bis nach oben. [...]

Wir selbst hatten zunächst nur eine einzige Bestrebung, nämlich aus der Konkursmasse wieder eine funktionierende Wirtschaft zu machen. Darüber hinaus in die Zukunft weisende Gedanken zu entwickeln war nach Lage der Dinge gar nicht möglich. Wir hatten ja in erster Linie die Befehle und Weisungen der Besatzungsmacht zu erfüllen, wie das auch im Westen in dieser Zeit selbstverständlich war. Im Gegensatz zum Westen hatten wir halt das Pech, unter sowjetischer Besatzung und unter sowje-

tischer Verwaltung zu stehen. Ohne Gedanken an eine zukünftige Entwicklung zu verschwenden, habe ich mich lediglich bemüht, unserer notleidenden Bevölkerung zu helfen, und dabei war mir jedes legale und illegale Mittel recht. Das hat dann ja auch zu meinen Schwierigkeiten und meiner Verhaftung im Jahre 1948 geführt, weil ich abgelehnt habe, Weisungen der Sozialistischen Einheitspartei, die, wie ich meinte, im Gegensatz zu den Interessen unserer deutschen Bevölkerung standen, zu befolgen. Ohnehin war ich als Sozialdemokrat nie in meinem Leben gewöhnt, daß irgendeine politische Organisationsträgerschaft mir Weisungen oder Anordnungen erteilte. In der Beziehung haben wir eine ganz andere Systemvorstellung in diesem politischen Bereich gehabt. Daran bin ich letztlich auch in meiner Tätigkeit drüben gescheitert.

Die Bodenreform ist an uns auf der Bezirksebene praktisch vorübergegangen. Sie wurde durchgeführt auf der untersten Ebene, auf der Kreis- oder der Stadtebene, und ging dann über uns hinweg zum Provinzpräsidium. In dieser Beziehung wurden wir praktisch übergangen, weil wir einfach dafür nicht für zuständig gehalten wurden. Wir hatten im Grunde nur die ganz bescheidene Möglichkeit, da und dort einzugreifen und ganz besonders krasse Mißstände zu beheben versuchen. Ich sage dies mit allen Vorbehalten und allen Einschränkungen, denn es waren sehr eingegrenzte Möglichkeiten, deren wir uns bedienen konnten. Das konnte bei mir und meinen Mitarbeitern manchmal so weit gehen, daß wir Akten beseitigt haben. Aber verhindern konnten wir letztlich gar nichts. [...] Ich mußte zusehen, daß die ausgezeichnet funktionierenden Domänen, die im wesentlichen Musterbetriebe waren, daß die mit in den Strudel der Bodenreform gerieten. Im Prinzip befürworteten die Sozialdemokraten die Bodenreform, nur waren wir eben der Meinung, wir hatten ja ein Bodenreformkonzept, daß bis zu 100 Hektar der Grund und Boden als Privateigentum bewahrt sein mußte, daß zweitens für den enteigneten Grund und Boden eine angemessene Entschädigung gezahlt werden sollte, nicht die entschädigungslose Enteignung, wie sie praktiziert worden ist. Wir hatten eine Reihe von politischen Gesichtspunkten mit in die Waagschale werfen wollen, nämlich Leute, die nachgewiesenermaßen keine aktiven Nazis waren, daß man die bis zu 100 ha Eigenbesitz verschonen sollte. Aber in dieser Hinsicht sind wir von den Kommunisten regelrecht überspielt worden. Da hatte es auch gar keinen Sinn, Widerstand zu leisten, denn das befahl die Besatzungsmacht.



Zu SAGs umgewandelt wurden im Bezirk Halle-Merseburg Betriebe wie die Leuna-Werke, die Buna-Werke, Wintershall AG, Agfa-Wolfen, also die entscheidenden Betriebe unseres Bereichs. Die kleineren und mittleren Betriebe blieben davon verschont, weil sie für die Russen uninteressant waren. Aber die entscheidenden Teile unserer Wirtschaft, unserer Industrie, unserer Produktionsstätten in diesem Bezirk Halle-Merseburg wurden vorübergehend SAGs, bekamen einen sowjetischen Generaldirektor, und auf diese Betriebe hatten wir nicht den geringsten Einfluß. Wir hatten zwar die Aufgabe, bei der Beschaffung von Arbeitskräften usw. zu helfen, aber auf die innere Gestaltung hatten wir keinen Einfluß. Es gab zwar so etwas wie Betriebsräte, aber dies war außerordentlich problematisch.

Bei der Besetzung von Positionen und Funktionen [in der Verwaltung] war es 1945 so, daß es schließlich darauf ankam, daß die Funktionen besetzt werden mußten, weil man nicht aus dem vollen schöpfen konnte und man geeignete Leute auf einen solchen Posten setzen mußte. Dabei ist nicht auszuschließen, daß es hintergründig von der Besatzungsmacht und auch von den Kommunisten Absicht war, jemanden etwas auf ein totes Gleis zu schieben und aus der unmittelbaren Politik herauszuhalten, um ihn zu binden, damit er politisch nicht gefährlich werden konnte. Andererseits ist es in der Tat so, daß wir nach 1945 in unserem Bereich verhältnismäßig wenig Leute hatten, die man als qualifiziert ansehen konnte und die auch geeignet waren. Ich habe damals praktisch auf Weisung meiner Partei diese Tätigkeit übernommen, weil ich der Auffassung war, daß ich dies übernehmen mußte, wenn die SPD mich für qualifiziert hielt.

Nach der Gründung der beiden Parteien 1945 ging die politische Praxis los. Die Besatzungsmacht griff zunehmend auch in das politische Geschehen ein. Von einer Selbständigkeit einer politischen Parteilinie konnte im Grunde nicht die Rede sein. Das war weder verwaltungsmäßig noch verwaltungsrechtlich denkbar, denn es gab Befehle und Anordnungen der Besatzungsmacht. In politischer Hinsicht gab es das natürlich auch, ohne daß man das zunächst einmal so stark spürte, wie es in Wirklichkeit geschah. Hier muß man wieder ganz deutlich unterscheiden, daß von der untersten Ebene bis hinauf nach Karlshorst die Einflußnahme der sowjetischen Besatzungsmacht auf die einzelnen Gebiete unterschiedlich war. Es gab eine ganze Reihe Orts- und Kreiskommandanten, die erheblichen politischen Ehrgeiz entwickelten und die das politische Geschehen im Rahmen der neugeschaffenen parteipolitischen Organisationen beeinflus-

ten. Bei uns in Halle-Merseburg glaube ich sagen zu können, daß wir einen sehr starken Mann an der Spitze der SMA in Halle hatten, den General Kotikow, der ja dann später Stadtkommandant von Berlin wurde, ein ehemaliger Metalller, ein sehr kluger Mann und eine sehr wichtige und bedeutende Figur.

Wir haben also zunächst neben unserer Verwaltungsarbeit die Partei in Gang gesetzt, wir haben politisch organisiert, was zu organisieren war. Wir haben uns bemüht, die Partei so stark wie möglich zu machen, weil wir in zunehmendem Maße spürten, daß wir so eine Art Stiefkinder der Besatzungsmacht wurden. Und die Kommunisten haben alles getan und nichts unterlassen, auch hinsichtlich der Stärkung ihres Apparates, den Sozialdemokraten, die im wesentlichen auf ehrenamtlicher Basis arbeiteten, zuzukommen. Trotzdem war die Sozialdemokratische Partei in Sachsen-Anhalt außerordentlich stark, sie war wirklich die stärkere Partei gegenüber der Kommunistischen Partei. Wir sind mindestens doppelt so stark gewesen wie die Kommunisten, solange wir als Sozialdemokraten existierten. Dann begannen, ausgehend von dem kümmerlichen Wahlergebnis in Österreich, das war ganz deutlich spürbar, die Pressionen der sowjetischen Besatzungsmacht, diese Geschichte bei künftigen Wahlen in der sowjetischen Zone zu verhindern. Das bedeutete, daß wir ja Kommunalwahlen für den Herbst 1946 auferlegt bekamen, und die mußten nach Meinung der Besatzungsmacht von einer einheitlichen Partei getragen werden. Wenn die Wahl 1946 mit getrennten Parteien durchgeführt worden wäre, hätte die Sozialdemokratie in unserem Gebiet die klare Mehrheit bekommen. So fingen dann ungefähr im Oktober 1945 in den einzelnen Gebieten, in den einzelnen Orten, den Ortschaften, den Dörfern und den kleinen Städten die Pressionen der Besatzungsmacht an.

Wir haben im Oktober 1945 den ersten Bezirksparteitag in Halle abgehalten und im November den Bezirksparteitag in Magdeburg. Wir sind in Halle im Volkspark als Sozialdemokraten zusammengekommen. Wir kamen also in der alten Kampfstätte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung im Halleschen Volkspark nach den zwölf Jahren der Hitlerzeit zum ersten Mal zusammen. Es war eine unglaublich eindrucksvolle Kundgebung. Mir ist unvergeßlich, daß man nun alle die Leute wiedersah, die Freunde aus der Zeit vor 1933, die man in den vergangenen Jahren aus dem Gesicht hatte verlieren müssen. Es war eine recht bewegende und zum Teil erschütternde Wiederbegegnung alter Genossen und neuer, die nun

nach 1945 dazugekommen waren. Ich habe auf diesem ersten Bezirksparteitag die Gedenkrede für die Opfer des Nationalsozialismus gehalten. Das politische Referat auf diesem ersten Bezirksparteitag hielt Otto Meier, der Landtagspräsident von Brandenburg. Ich bin kurze Zeit später in Magdeburg gewesen und habe dort auch eine Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus gehalten. Dort kamen wir mit unseren Magdeburger Parteifreunden zusammen. Bis dahin hatte sich schon so einigermaßen summiert, unter welchen Auspizien die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien vor sich gehen sollte. Es gab laufend die Klagen aus der unteren Ebene, daß die Besatzungsmacht eingriff bei Wahlen für den Ortsvereinsvorstand oder für irgendwelche anderen Gremien. Es kam dann zum Ausdruck, daß Leute von uns einfach verschwanden, ich denke hier z. B. an den ehemaligen Angestellten des Einheitsverbandes der Eisenbahner, der in dieser Zeit weg von Halle war. Niemand hat je wieder etwas von ihm gehört, und so ist es auch in einer ganzen Anzahl von anderen Fällen geschehen. Die Leute wurden eingesperrt, die Leute wurden liquidiert, die Leute waren weg. Der Unmut und die Gegensätzlichkeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten wuchs.

Es war also sehr schwierig in dieser Situation, für den Gedanken einer Einheit der Arbeiterbewegung noch ernsthaft Raum zu schaffen und ernsthaft dafür zu plädieren. In dieser Zeit, Oktober/November 1945, war die Geneigtheit und die Bereitschaft selbst von uns, die wir von vornherein den Gedanken der Einheit einer modernen Arbeiterbewegung bejaht hatten, schon halbwegs auf der Strecke geblieben. In steigendem Maße war bei uns zu beobachten eine erhebliche Skepsis, aber auf der anderen Seite auch die schiere Unmöglichkeit, etwas Entscheidendes gegen diesen Trend der Entwicklung zu tun. Jeder, der damals da drüben gelebt hat und politisch tätig war, spürte, daß eine Art innere Gesetzmäßigkeit auf uns zukam, der man sich entweder überhaupt nicht oder nur dann verschließen konnte, wenn man wegging. Die Grundüberlegung war, so lange wie möglich dazubleiben, um da und dort besondere Auswüchse zu verhindern und für die Menschen noch da zu sein. Dies war eine ganz schwierige Situation, die einen in steigendem Maße in erhebliche Gewissenskonflikte brachte.

Nun habe ich durch meine Tätigkeit im Verwaltungsbereich an sichtbarer Stelle auf diesem Sektor auf die eigentliche organisatorisch-politische Entwicklung gar keinen nennenswerten Einfluß mehr ausgeübt,

weil mir im Grunde genommen auch die innere Bereitschaft fehlte, das innere Zuständigsein für eine Entwicklung, die man nicht mehr so gestalten konnte, wie sie einem unmittelbar nach 1945 vorschwebte. Wir haben dann mehrfache Besprechungen gehabt auf Bezirksebene, auf Unterbezirksebene, im Ortsvereinsbereich. Immer wieder kamen die Klagen, es ginge nicht mit den Russen, man würde überhaupt nicht notiert, man würde hingegangen und bekäme nicht die Wahrheit gesagt oder nur das, was man wissen sollte; bevorzugt würden allein die Kommunisten. Das ist ein Prozeß gewesen, der sich hingeschleppt hat bis in die Februartage des Jahres 1946 mit mehr oder weniger variablen Entwicklungen, die man alle nicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen vermochte. Im Grunde war eine sehr erhebliche Unlust in unseren Kreisen zu beobachten, daß der Gedanke einer Einheit, wie sie uns Anfang 1945 vorgeschwebt hat, mehr und mehr verloren ging oder, anders ausgedrückt, einer nicht unerheblichen Resignation wich. Jemand, der ein wenig Gespür für solche Vorgänge hatte, der mußte wissen, daß jetzt eine Art Zwangsläufigkeit in die Entwicklung hineingetragen wurde, der man nur resignierend gegenüberüberstehen konnte oder die einen zwang wegzugehen. So sind also die Dinge gelaufen.

Es gab Gespräche mit Otto Grotewohl, der immer wieder seiner Besorgnis Ausdruck gab und den Gedanken erörterte, wenn das so weiterginge, würde man besser die Partei kaputt gehen lassen, ließe man sie besser verbieten (sic), als diesen Trend weiter mitzumachen. Dies muß so etwa im Februar 1946 gewesen sein, wo mir dies noch deutlich geworden ist, daß er sagte, ehe er die Vereinigung mitmache, ließe er lieber die Partei verbieten. Bis dahin liefen ja auch eine ganze Reihe Verbindungen hier mit der Westzone, die Verbindungen mit Kurt Schumacher bestanden noch. Mir scheint, daß die ganze folgende Entwicklung wesentlich, um nicht zu sagen entscheidend, davon beeinflußt war, daß die beiden Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, im Westen Kurt Schumacher und im Osten Otto Grotewohl, so wesensverschieden waren, daß es zwischen den beiden im Grunde genommen keine echte Verständigung geben konnte. Für mich war Kurt Schumacher der politische Asket und der Otto Grotewohl der politische Epikuräer. Beide mit dem Anspruch auf die erste Führungsrolle innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Und weder der eine noch der andere konnten es im Grunde genommen miteinander.

Beide hatten schon vor 1933 eine beachtliche Karriere hinter sich ge-

bracht, und während man von Kurt Schumacher sagte, der hat zwar nur einen Arm, aber zweiundzwanzig Ellenbogen - und das hat sich bei Schumacher durch seine lange KZ-Haft enorm potenziert-, so war der verbindlichere und der menschlichere, der geschmeidigere, auch der vom Wesen her sympathischere der Otto Grotewohl. Meiner Meinung nach hat es zwischen beiden gar keine echte Möglichkeit einer Verständigung gegeben. Ich glaube, daß nicht zuletzt diese Wesensverschiedenheit dazu beigetragen hat, daß die beiden Parteien sich mehr auseinander als zueinander entwickelten. Otto Grotewohl hat immer wieder bis in den Februar hinein die Eigengesetzlichkeit der Sozialdemokratie betont und auf dem Standpunkt gestanden, er mache das letztlich nicht mit. Und es ist in dieser Zeit eine Besprechung in Karlshorst gewesen mit Semjonow<sup>17</sup>, dieser grauen Eminenz, und es ist sehr eigenartig, daß nach dieser Besprechung, die meiner Erinnerung nach im Februar 1946 stattfand, Otto Grotewohl morgens von Karlshorst zurückgekehrt ist und erklärt hat, wir machen die Vereinigung. Was in diesen Stunden in Karlshorst geschehen ist, weiß ich nicht. Tatsache ist, daß von diesem Zeitpunkt an im Grunde genommen kein wesentlicher Widerstand mehr gegen die Vereinigung der beiden Parteien in der SBZ geleistet worden ist. Und eine ganze Reihe von Sozialdemokraten, die heute so tun, als wären sie nur zwangsmäßig in diese Vereinigung gegangen, die waren damals durchaus dafür. So Genossen in Sachsen, so auch Hoffmann in Thüringen, selbstverständlich Buchwitz, denn das war ja eine ausgesprochene Renegatentype, und dann der hoffnungslos korrupte Bruno Böttge in Halle, der sehr leicht von den Russen zu beeinflussen war, weil er in seiner Labilität auch keinen nennenswerten Widerstand zu leisten vermochte. Diese Leute haben ja dann auch von der Landesebene her den Zentralausschuß in Berlin mehr oder weniger beknet, so daß dieser selbst in eine schwierige Situation geriet, weil man ihm vorhalten konnte, daß die Basis die Vereinigung wollte. Das war das Dilemma, das schließlich zu den Osterfeiertagen des Jahres 1946 geführt hat.

Ich meine, daß die Leute auf der Landesebene mehr dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht ausgesetzt waren als die Leute in Berlin, denn da gab es immer noch das Loch nach Westberlin, während die Leute auf Landesebene mehr eingekreist und mehr eingeschlossen waren und

<sup>17</sup> Semjonow, Wladimir Semjonowitsch, geb. 1911, sowjetischer Diplomat, ab 1945 Berater der SMAD in Berlin.

nicht die Bewegungsfreiheit besaßen und nicht die Möglichkeit hatten wie die in Berlin, die auch viel bessere Verbindungen nach dem Westen pflegen konnten. Sie waren also den Pressionen viel mehr ausgesetzt; hinzu kommt die individuelle Veranlagung. [...] Diese zwei Komponenten müssen berücksichtigt werden, einmal die Pression und zum anderen, daß es sich um Menschen handelte, die nicht gewohnt waren, Widerstand zu leisten, die zum Teil auch Opportunisten waren und zum Teil auch in gewisser Hinsicht korruptionsanfällig gewesen sind. Dazu muß dann berücksichtigt werden, daß damals die Auswahl solcher Führungskräfte auch nicht sonderlich groß war. In dem Augenblick dann, als diese Leute die Besatzungsmacht hinter sich hatten, gab es auch keine Möglichkeit mehr, sie parteiintern abzuschließen. [...] Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Ostern 1946 war die Frage des Organisationsstatuts, ob Ortsvereine oder Betriebsgruppen. Dort hielt Arno Wend<sup>18</sup> ein leidenschaftliches Plädoyer gegen das Organisationsstatut auf Betriebsgruppenebene, und wir haben einstimmig abgelehnt. Dann ist in der Nacht zum nächsten Tag - Vereinigungsparteitag im Admiralspalast - noch einmal die sogenannte Statutenkommission zusammengetreten, und wir haben gesagt: Das machen wir unter keinen Umständen mit. Dann kam am nächsten Tag eine Kompromißformel raus - Betriebsgruppen und Ortsgruppen etwa auf gleicher Ebene. Im Protokoll ist verzeichnet, daß 23 - und zwar unter meiner Führung - Delegierte von über tausend Delegierten gegen dieses Organisationsstatut gestimmt haben. Das war also die erste deutliche Oppositionshaltung, die von 23 SPD-Vertretern Sachsen-Anhalts von 39. Auf der Ehrenloge über mir saß der General Kotikow, der mich unten sitzen sah, wie ich meine Stimmkarte hochhob und der mir von oben mit der Faust runterdrohte. Dann war die Vereinigung da und wir hatten von unten bis nach oben die Parität, die dann im Laufe der folgenden Monate in zunehmendem Maße bis Anfang 1947 faktisch abgebaut wurde. In steigendem Maße waren unsere Leute dann mehr und mehr vom Fenster weg, wenn auch die Parität formal nicht abgebaut wurde. Aber in der Praxis hat das im Sommer 1946 bereits begonnen, daß man unter Vorwänden die

<sup>18</sup> Wend, Arno, geb. 1906, 1925 SPD, Bezirksvorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend Sachsen, ab 1933 mehrmals verhaftet, 1945 SPD-Unterbezirkssekretär in Dresden, 1946 Mitglied des Landesvorstandes der SED Sachsen, 1948 inhaftiert und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, bis 1955 Workuta, Nowaja Semlja, 1956 Flucht in die BRD.

Leute entweder in die Verwaltung schickte oder in irgendwelche Positionen abschob, wo sie politisch kaum noch in Erscheinung traten.

Als ich Ostern 1946 von diesen beiden Parteitagern zurückkehrte, da habe ich in meiner Verwaltung kaum etwas gespürt, das mir persönlich abträglich war. Das hing ganz sicherlich damit zusammen, wer irgendwo saß und wie man den rein persönlich beurteilte. In der Bevölkerung selbst war zu spüren, daß die SED die Massenbasis mehr und mehr verlor. Es war ganz deutlich zu spüren, daß die Leute, die nicht mehr die internen Kenntnisse hatten, geschockt waren, die haben im Grunde innerlich die SED nicht akzeptiert. Man war sich aber darüber im klaren, daß das eine Zwangsgeburt war, daß diese Vereinigung nicht mit normalen gesetzlichen und aus guten demokratischen Gründen zustande gekommen war. Jeder spürte auf seine Weise, daß ein ganz erheblicher Druck dahinter stand. Es wurde dann auch kaum ein Unterschied gemacht, ob jemand da nun freiwillig mitgewirkt hatte, mehr oder weniger gezwungen oder unter ausgesprochenem Druck tätig geworden war. Das wurde dann nicht mehr gesehen, man sah nur die Sozialistische Einheitspartei je nach Art und Veranlagung von der schroffsten Ablehnung bis zum harmlos Gutgläubigen bis hinüber zum Rechnungsträger, zum Opportunisten, bis zum miesen Karriere-maker. In dieser Spannweite hat man dann eine solche Partei gesehen, und da gab es keine Einheitlichkeit in der Beurteilung, sondern die eben genannte Differenzierung.

Nicht zuletzt haben wir bei der Vereinigung 1946 im Zusammenwirken mit einem Teil ernstzunehmender Kommunisten die Meinung gehabt, letztlich müsse sich die menschliche und sachliche Qualität in einer solchen Partei durchsetzen. Unter dieser Voraussetzung wollten wir es dann darauf ankommen lassen, nun müsse es sich erweisen, wie stark der Einfluß auf diesem Gebiet würde, ohne dabei klar genug zu sehen, daß solche Einwirkungsmöglichkeiten nur dann hätten Platz greifen können, wenn wir keine Besatzungsmacht gehabt hätten. Wären wir eine Partei geworden ohne die sowjetische Besatzungsmacht, hätte sich der Kern und die Qualität der sozialdemokratischen Mitglieder fraglos durchgesetzt. Aber wenn man eine solche Partei dann einmal installiert hat und diese dann entscheidend auf die Befehle und Weisungen einer Militärmacht angewiesen ist, dann sind solche Möglichkeiten Schlichtweg nicht mehr gegeben. Dann ist es nur noch eine Frage für denjenigen, der im Politisch-Organisatorischen oder im Verwaltungsbereich tätig ist, wie lange er dies mit-

machen könnte. Wie lange kann man das vor seinem Gewissen verantworten und wann muß man Schluß machen? Diese Überlegung hat jeder anstellen müssen, der um diese Zeit in irgendeiner Weise politisch oder verwaltungsmäßig tätig gewesen ist.

[...]

1947 bin ich in die Landesforstverwaltung gegangen, am 1. Juli 1947. Mir wurde also der gesamte Waldbestand des Landes Sachsen-Anhalt anvertraut und damit ein Objekt, das von ganz erheblichem volkswirtschaftlichen Wert war. Als damals die Verwaltungs-Mittelinstanzen aufgelöst wurden, wurde ich von dem damaligen Innenminister Robert Siewert gefragt, was ich jetzt machen wolle und ob ich nicht diesen Posten übernehmen wolle. Ich war damals der Meinung, wenn ich jetzt eine ausgesprochene Fachaufgabe übernehme, daß ich aus dieser ganzen politischen Drucklinie rauskäme und ich mich auf eine Aufgabe konzentrieren müßte, bei der ich enorm viel zu lernen hätte und die meine Tätigkeit in vollstem Maße ausfüllte -1947 war ich ja schon praktisch aus dem politischen Bereich heraus, denn mit dem Juli 1947 wurden die Bezirksvorstände aufgelöst, ich war dann weder Mitglied des Bezirksvorstandes noch Ortsvereinsvorsitzender in Weißenfels, weil ich für diese Tätigkeit nach Halle übersiedeln mußte. [...]

Im Januar 1948 wurde ich dann das erste Mal vor die SED-Landesleitung gerufen, und da wurde mir bedeutet, daß ich hier bestimmte Anordnungen zu erfüllen hätte. Ich weigerte mich und erklärte, daß ich mich für diesen Sektor verantwortlich fühlte und ich würde gar nicht daran denken, solche Anordnungen zu befolgen. Die zweite Geschichte kam dann im Juni 1948. Da habe ich ganz unmißverständlich gesagt, ich nähme keine Befehle der SED entgegen, ich sei dies als alter Sozialdemokrat nicht gewöhnt und ich würde sofort mein Amt zur Verfügung stellen, würde jeden anderen an meine Stelle lassen, es aber ablehnen und würde mich unserem Volk verantwortlich fühlen und sonst gar nichts weiter. Darauf sagte Bruno Böttge zu mir, daß dies sehr schwere Konsequenzen für mich haben könnte. Damit war genug gesagt. Kurze Zeit darauf bin ich nach Wippra im Harz ins Krankenhaus gegangen, weil ich ohnehin ziemlich runtergewirtschaftet war, war elf Wochen im Krankenhaus und wurde dann am 4. September 1948 dort im Krankenhaus verhaftet. Damit war meine Tätigkeit in diesem Bereich beendet.

[...]

Ich bin verurteilt worden am 19. Juni 1949 nach zehn Monaten Untersuchungshaft wegen Spionage, Verleumdung der Besatzungsmacht und wegen Führung einer sozialdemokratischen Untergrundbewegung. Eine sozialdemokratische Untergrundbewegung gab es nicht, die konnte ich infolgedessen nicht geführt haben. Verleumdung der Besatzungsmacht bestand darin, daß ich in mehreren Vorträgen, die ich im Rahmen des Ministeriums vor den Verwaltungsangestellten und Beamten gehalten habe, der Sowjetunion und der sowjetischen Besatzungsmacht aktenkundig nachgewiesen habe, was da an Manipulationen beispielsweise bei den Holzverkäufen nach Ägypten passiert war. Auch bin ich zu den Russen hingegangen und habe erklärt, daß ich damit nicht einverstanden wäre, daß die russischen Offiziere ohne Rücksicht auf die Schonzeiten bei uns Jagd ausübten.

Wenn ich es mir im nachhinein überlege, hätte ich mir eins gewünscht, daß noch recht viele ein bestimmtes Maß an Zivilcourage aufgebracht haben würden. Leider ist das bei den Trägern der Verwaltung sowohl als auch bei den Trägern der politischen Willensbildung in ganz erheblichem Maße nicht der Fall gewesen.

Ich selbst habe ganz bewußt die Dinge getan, und ich wußte ganz genau, eines Tages würde das böse Ende da sein. Ich hätte es verhindern können, wenn mir die Flucht 1948 gelungen wäre. Ich bin also 1948 verhaftet worden und dann anstelle einer an sich verwirkten Todesstrafe zu dreimal 25 Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Erstens wegen Spionage - ich habe von Spionage eine Ahnung wie eine Kuh vom Lauteschlagen; ich habe nie in meinem Leben mit Spionagedingen auch nur andeutungsweise etwas zu tun gehabt; - zweitens wegen Verleumdung der Besatzungsmacht, die darin erblickt wurde, daß ich in mehreren Vorträgen in meinem Ministerium die Handlungen der Besatzungsmacht kritisiert habe, und drittens wegen Führung einer Untergrundorganisation der Sozialdemokratischen Partei, die nach meiner Kenntnis nicht bestand, die ich infolgedessen nicht geführt haben konnte. Aber wegen jedes dieser drei Punkte bin ich zu 25 Jahren, verurteilt worden. 1973 wäre die Geschichte zu Ende gewesen, wenn ich es erlebt hätte. Ich bin auch aus meinem Prozeß von 30 Angeklagten der einzige gewesen, der in die Sowjetunion deportiert worden ist.